

Bezugspreis:
Stückpreis 7,50 M., monatl. 2,00 M.,
einjährig 20 M., vierteljährig 5 M.,
einmalig 1,00 M., 1/2 J. 3 M.,
3/4 J. 4 M., 1 J. 5 M., 1 1/2 J. 7 M.,
2 J. 12 M., 3 J. 18 M., 4 J. 24 M.,
5 J. 30 M., 6 J. 36 M., 7 J. 42 M.,
8 J. 48 M., 9 J. 54 M., 10 J. 60 M.,
11 J. 66 M., 12 J. 72 M.,
13 J. 78 M., 14 J. 84 M.,
15 J. 90 M., 16 J. 96 M.,
17 J. 102 M., 18 J. 108 M.,
19 J. 114 M., 20 J. 120 M.,
21 J. 126 M., 22 J. 132 M.,
23 J. 138 M., 24 J. 144 M.,
25 J. 150 M., 26 J. 156 M.,
27 J. 162 M., 28 J. 168 M.,
29 J. 174 M., 30 J. 180 M.,
31 J. 186 M., 32 J. 192 M.,
33 J. 198 M., 34 J. 204 M.,
35 J. 210 M., 36 J. 216 M.,
37 J. 222 M., 38 J. 228 M.,
39 J. 234 M., 40 J. 240 M.,
41 J. 246 M., 42 J. 252 M.,
43 J. 258 M., 44 J. 264 M.,
45 J. 270 M., 46 J. 276 M.,
47 J. 282 M., 48 J. 288 M.,
49 J. 294 M., 50 J. 300 M.,
51 J. 306 M., 52 J. 312 M.,
53 J. 318 M., 54 J. 324 M.,
55 J. 330 M., 56 J. 336 M.,
57 J. 342 M., 58 J. 348 M.,
59 J. 354 M., 60 J. 360 M.,
61 J. 366 M., 62 J. 372 M.,
63 J. 378 M., 64 J. 384 M.,
65 J. 390 M., 66 J. 396 M.,
67 J. 402 M., 68 J. 408 M.,
69 J. 414 M., 70 J. 420 M.,
71 J. 426 M., 72 J. 432 M.,
73 J. 438 M., 74 J. 444 M.,
75 J. 450 M., 76 J. 456 M.,
77 J. 462 M., 78 J. 468 M.,
79 J. 474 M., 80 J. 480 M.,
81 J. 486 M., 82 J. 492 M.,
83 J. 498 M., 84 J. 504 M.,
85 J. 510 M., 86 J. 516 M.,
87 J. 522 M., 88 J. 528 M.,
89 J. 534 M., 90 J. 540 M.,
91 J. 546 M., 92 J. 552 M.,
93 J. 558 M., 94 J. 564 M.,
95 J. 570 M., 96 J. 576 M.,
97 J. 582 M., 98 J. 588 M.,
99 J. 594 M., 100 J. 600 M.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 28. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Friedensvertrag für Oesterreich am Freitag

St. Germain, 27. Mai. (Meldung des Wiener Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Das heute dem Staatssekretär Dr. Renner als Präsidenten der deutsch-österreichischen Friedensdelegation überreichte Schreiben Clemenceaus hat folgenden Wortlaut:

Paris, 27. Mai.

Herr Präsident!

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang des Schreibens vom 24. Mai zu bestätigen, worin Sie die Eröffnung der Friedensverhandlungen mit Oesterreich in möglichst kurzer Frist verlangten. Der Rat der Hauptmächte der Verbündeten und Affilierten wünscht Ihnen als Antwort die Mitteilung zur Kenntnis zu bringen, daß der Entwurf des Friedensvertrages nächsten Freitag, 30. Mai, mittags, in St. Germain-en-Laye zur Ueberreichung an die österreichische Delegation fertiggestellt sein wird. Jedoch werden die folgenden Fragen einer späteren Prüfung vorbehalten bleiben müssen:

- 1. Die Stärke der militärischen Kräfte, die in Zukunft in Oesterreich zu unterhalten sein werden.
2. Die Frage der Schadengutmachung und der Schulden.

Diese zwei Fragen haben einen besonderen Charakter infolge des Zerfalls des österreichischen Reiches in mehrere Teile. Dieser Zerfall macht die Prüfung dieser Fragen unter dem Gesichtspunkt ihrer Rückwirkung auf die Interessen und die Haltung dieser verschiedenen Teile notwendig.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner besonderen Hochachtung!

Clemenceau.

Der Viererrat und die Rechte der Minderheiten.

Versailles, 27. Mai. „Intransigant“ meldet, daß der Viererrat einen neuen Vertrag betreffend die Rechte der Minderheiten und namentlich der Juden in den durch den Krieg entstandenen neuen Staaten, namentlich in Polen, der Tschecho-Slowakei, Südslawien und dem beträchtlich vergrößerten Rumänien vorbereitet hat, der rein menschliche Ziele verfolgt.

Die Anerkennung Koltshaks.

Eine neue Diktatur?

Basel, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wie die französische Regierungspresse frohlockend mitteilt, ist der Viererrat bereit, den Admiral Koltshak im Prinzip anzuerkennen. Es tritt immer deutlicher zutage, daß die Entente in ihm einen ausgezeichneten Helfershelfer für die Verwirklichung ihrer imperialistischen Ziele in Rußland gefunden zu haben glaubt. Auch Japan, das anfangs zögerte, setzt sich jetzt für Koltshak ein. Nur Wilson scheint noch zu zögern. Um die imperialistischen Ziele zu verschleiern, sucht man sie mit der demokratisch klingenden, an Koltshak gerichteten Forderung nach beschleunigter Einberufung einer Konstituante zu bemänteln. Daß Koltshak weiß, was die Entente von ihm will, geht aus seinen Äußerungen entsetzlichen Korrespondenten gegenüber hervor, denen er sagte, es käme ihm weniger auf die Einnahme Petersburgs oder Moskaus, als auf die Vernichtung des bolschewistischen Regimes an. Auch die Sozialrevolutionäre, deren er eine große Zahl verbotten ließ, sprechen ihm jedes Verständnis für demokratische Forderungen ab.

Englische Arbeiterforderungen.

Trohung mit Generalstreik.

Bern, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wie „Humanität“ berichtet, ist der englische Arbeitsminister in Paris eingetroffen, um Lloyd George die neuen, unter Androhung des Generalstreiks gestellten Forderungen der Berg-, Eisenbahn- und Transportarbeiter zu unterbreiten. Die drei Verbände verlangen u. a. Abschaffung der Dienstpflicht, Aufhebung der Blockade gegen Deutschland, Zurückziehung der Truppen aus Rußland und Aneignung aller wegen Dienstpflichtverweigerung Festgenommenen.

Prüfung des Friedensvertrages.

Französischer Kammerbeschluss.

Paris, 28. Mai. (Draht.) Die Kammer nahm durch Handaufheben einen Vorschlag an, der die Ernennung einer Kommission von 60 Mitgliedern vorsieht, die damit beauftragt sind, den Gesandten für die Ratifizierung des Friedensvertrages eine Prüfung zu unterziehen.

Die Helfer des Oberleutnants Vogel.

Vogel im Haag?

Zu der Flucht des im Liebknecht-Luzemburg-Prozess verurteilten Oberleutnants Vogel macht die „Freiheit“ aufsehenerregende Mitteilungen, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

Vogel befindet sich bei der deutschen Gesandtschaft im Haag und wartet dort auf den Abgang des nächsten Dampfers nach Argentinien. Zu der gelungenen Flucht hat er sich eines Passes auf den Namen Kurt Welsen bedient, der ihm aber nicht von der Poststelle des Berliner Polizeipräsidiums, sondern von der Poststelle des Kriegsministeriums besorgt worden ist. Als Mißschuldige an der Ausstellung des Passes bezeichnet die „Freiheit“ andeutungsweise den Hauptmann Pabst, Dr. Grabowski und Baron Schenk.

Diese Herren haben — immer nach der Darstellung der „Freiheit“ — auch das bei der Flucht gebrauchte Auto besorgt. Dieses Auto gehört demselben Herrn Junschlow, mit dessen Auto auch seinerzeit die Leiche Rosa Luxemburgs beiseite geschafft wurde. Das Auto ist ihm zur Belohnung von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division abgekauft und dafür ein Betrag aus dem Konto der Frau Maria Junschlow bei einer Depostenkasse am Kurfürstendamme eingezahlt worden.

Weiter behauptet die „Freiheit“, daß es der Hauptmann Janssen von der Abteilung VIII der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gewesen ist, der den Stempel der Division unter den gefälschten Ausweis gedrückt hat, der zur Befreiung Vogels aus dem Hellengefängnis in Moabit diente. Schließlich soll der große Unbekannte, der bei der Ermordung Rosa Luxemburgs neben Vogel auf dem Auto gestanden hat und den Vogel nicht nennen wollte, der Leutnant Suchong gewesen sein.

Wenn diese Mitteilungen richtig sind, so liegt hier allerdings ein Skandal sondergleichen vor. Eine Regierung, die sich von einer zuchtlosen Handvoll Offiziere eine derartige Verhöhnung der Rechtspflege gefallen ließe, müßte jede Autorität im Lande einbüßen. Wir erwarten allerdings, daß hier nunmehr mit fester Hand zugegriffen und den Versuchen einiger Leute, sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, ein Ende bereitet wird. Im Gegensatz zur „Freiheit“ sind wir überzeugt, daß sich die Vorgänge um Vogels Flucht ohne Wissen der Regierung durch das Komplott einer kleinen Clique abgespielt haben. Aber die Regierung wird die Welt hieron nur überzeugen, wenn sie nunmehr mit eisernem Griff dieser Clique den Hals umdreht.

Die Vorgänge sind im übrigen auch für die Beurteilung früherer Ereignisse so gravierend, daß sie allein es notwendig machen, dem vorausgegangenen Urteil im Liebknecht-Luzemburg-Prozess die Bestätigung zu versagen.

In den Mitteilungen der „Freiheit“ (siehe eine hiesige Lokal-Korrespondenz, daß die von der „Freiheit“ wiedergegebenen Tatsachen noch nicht als feststehend anzusehen sind. Wichtig ist, — laut die Korrespondenz, — daß Vogel die holländische Grenze erreicht hat und sich dort, wenn auch kaum unter dem Namen Welsen, aufhält. Da zwischen Holland und Deutschland Auslieferungsverträge für Personen bestehen, die eines Verbrechens beschuldigt sind, so lief er ständig Gefahr von den holländischen Behörden ergriffen und an Deutschland ausgeliefert zu werden. (Nicht wenn er, wie die „Freiheit“ behauptet, sich in der deutschen Gesandtschaft aufhält. Red. d. „V.“) Nach unseren Informationen sind die von der „Freiheit“ wiedergegebenen Behauptungen zum Teil richtig. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division hat bereits sehr erhebliche Untersuchungen angestellt, ohne daß man freilich bisher zu Verhaftungen geschritten wäre. Da das Verfahren jedoch geheim geführt wird, war es nicht möglich, eine detaillierte Bestätigung der oben erwähnten Einzelheiten zu erhalten.

Diese Ausführungen klingen im wesentlichen wie eine Bestätigung der Angaben der „Freiheit“. Bei der ganzen Sachlage erscheint es als dringendste Forderung, daß alle Mitschuldigen an der Flucht Vogels sofort in Haft genommen werden.

Wie wir hören, wird die Reichsregierung heute noch eine formulierte Erklärung des Inhalts erlassen, daß gegen alle Personen, die der Veranlassung an der Flucht Vogels irgendwie verdächtig erscheinen, rücksichtslos vorgegangen werden soll. Esehen all, die auch nur das geringste Maß von Schuld trifft, soll mit der vollen Strenge des Gesetzes eingeschritten werden.

Aufmarsch der Belgier.

Namen, 27. Mai. (Draht.) Die belgischen Truppen haben am Montag Eupen, Marsden, Gerbesthal und Maerten besetzt.

Anzeigenpreis:

Die achtzehnjährige Randzeile...
1. Zeile 1,20 M., 2. Zeile 1,00 M., 3. Zeile 0,80 M., 4. Zeile 0,60 M., 5. Zeile 0,40 M., 6. Zeile 0,20 M., 7. Zeile 0,10 M., 8. Zeile 0,05 M., 9. Zeile 0,02 M., 10. Zeile 0,01 M.

find, alle unsere Karten offen auf den Tisch zu legen, scheint hier als innere Triebkraft den Ausschlag gegeben zu haben. Das ist gewiß sehr ehrenhaft für die deutsche Regierung, aber in der besondern Situation, in der wir stehen, und im Angesicht eines Gegners, der uns nicht mit der Bestimmung der Gerechtigkeit gegenübersteht, ist es falsch und politisch gefährlich.

Man darf der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die diplomatischen, hinterhältigen und auf die Zerrümmung Deutschlands gerichteten Strömungen im Lager der Entente nicht voll eingeschätzt, kurz: daß sie die richtige Diagnose nicht getroffen hat. Nur unter einer Voraussetzung sind die deutschen Gegenanträge möglich und haltbar. Nämlich: daß unsere Delegation in Versailles für die angeführten Verhandlungen die bestimmte Weisung erhalten hat, die deutschen Gegenanträge als das im allgemeinen äußerste Entgegenkommen Deutschlands zu betrachten und sich im keinen Fall auf eine Regelung einzulassen, die einen Scharfschnitt zwischen den beiderseitigen Bedingungen und Angeboten darstellt.

Der deutsche Friedensvorschlag.

(Schluß)

3. Völkerverbundsgeist.

In einem solchen Frieden wäre die Solidarität der menschlichen Interessen berücksichtigt worden, die in einem Völkerverbund ihren Ausdruck finden sollte. Wie oft ist das Deutschland versprochen worden, daß dieser Völkerverbund die Kriegführenden, also Sieger und Besiegte, in einer dauernden Rechtsgemeinschaft einigen würde! Hierfür zitiert die deutsche Note Aussprüche von Asquith, Lloyd George, Clemenceau, Ribot und Wilson, um fortzuführen:

Dieser Kundgebung entsprach die Erwartung des deutschen Volkes, von Anfang an bei der Errichtung des Völkerverbundes beteiligt zu werden. Aber im Widerspruch mit ihnen ist das Völkerverbundsstatut ohne Deutschlands Mitwirkung festgesetzt worden, ja Deutschland befindet sich nicht einmal auf der Liste der Staaten, die zum Eintritt in den Völkerverbund eingeladen sind. Zwar kann sich Deutschland um die Zulassung bewerben, aber sie ist abhängig gemacht von „effektiven Garantien“, deren Umfang und Inhalt es nicht einmal kennt. Deutschlands Bedeutung ist unabhängig von seiner jeweiligen militärischen oder politischen Macht; daher kann von einem vollen Völkerverbund ohne seine Zulassung überhaupt nicht gesprochen werden. Vielmehr ist, was bei Friedensverträgen üblich ist,

nur eine Fortdauer der gegnerischen Koalition, die den Namen „Völkerverbund“ nicht verdient. Auch die innere Struktur vertritt nicht den wahren Völkerverbund. Statt der erdumspannenden Allianz der Völker steht darin die ungeliebte Idee der heiligen Allianz von 1815 wieder, der Glaube, von oben herab auf dem Wege diplomatischer Konferenzen mit diplomatischen Organen der Welt den Frieden sichern zu können!

4. Wird Deutschlands Stellung vernichtet?

Immer wieder haben Deutschlands Feinde vor aller Welt zugehört, daß sie nicht auf eine Vernichtung Deutschlands hinauswollen. Hierfür zitiert die deutsche Note Aussprüche von Lloyd George, Lord Milner, Wilson und Asquith.

In Widerspruch dazu steht das Friedensdokument, daß Deutschland als Weltmacht schlechterdings vernichtet werden soll. Den Auslanddeutschen wird die Möglichkeit genommen, die alten Verbindungen im Ausland fortzuführen und Deutschland seinen Anteil an der Weltwirtschaft wieder zu erwerben, indem ihr bisher eingegrenzter Besitz verarmt wird für die Wiedergutmachung, fast ihm ersetzt zu werden.

Ebenso wird es jedem Deutschen unmöglich gemacht, seinem Vaterland einen Anteil am Weltverkehr zu erwerben, indem auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages alle Besitz von Deutschen im Ausland auf unbestimmte Zeit Kriegsmaßregeln unterworfen bleiben und damit zur Eingliederung gelangen kann. Dazu kommt noch, daß auch sonst der Deutsche in den Ländern der Gegner nicht die persönliche Rechtsstellung genießen wird, die ihnen bei uns zugehört. Der Wille, Deutschland aus dem Weltverkehr auszuschließen, zeigt sich in der Entziehung des Eigentums an seinen Kabeln. Dazu kommt die Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens im Innern, die an anderer Stelle dargelegt wird.

Deutsche Bestimmungen bedeuten eine vollständige Verleugnung jener Idee des Völkerverbundes, nach der jedes Volk einen Anspruch auf das Leben hat. Dieses höchste Gut darf ihm um der wirtschaftlichen Interessen anderer Völker willen nicht genommen werden.

5. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Zu solchen Grundrechten ist in diesem Kriege ein neues getreten, das die Staatsmänner aller kriegführenden Völker immer wieder als Ziel vor sich haben: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Ausübung dieses Rechts offen Völkern zu ermöglichen, sollte gerade ein Gewinn des Krieges sein. Hierfür zitiert die deutsche Note Aussprüche von Asquith, Churchill, Grey, Lloyd George, Orlando, Ribot und Wilson.

Weder die schon geschiedene Behandlung der Bewohner des Saargebietes als Bewohner der Provinz, noch die öffentliche Form der Verdringung in den Westindischen Inseln, Norwegen und Grenzprovinzen, die aber erst nach ihrer Unterstellung unter belgischer Souveränität erfolgen soll, entsprechen den Grundätzen des Selbstbestimmungsrechts.

Das gilt auch für Elia-Losdringen. Wenn Deutschland sich verpflichtet hat, das Recht von 1871 wieder gutzumachen, so bedeutet das seinen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Elia-Losdringer. Die Abtretung des Landes ohne Verdringung der Bevölkerung wäre ein neues Unrecht, schon weil sie im Widerspruch zu einer anerkannten Grundlage des Friedens wäre.

Anderserseits ist es mit der Idee der nationalen Selbstbestimmung unvereinbar, wenn

2½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen von ihren Heimatländern losgerissen

werden. Durch die heftigste Grenzführung wird über rein deutsche Territorien zugunsten der polnischen Nachbarn verfügt. So sollen von den mittelschlesischen Kreisen Gubin und Müritsch Teile abgetrennt werden, in denen neben etwa 44.000 Deutschen höchstens 3700 Polen wohnen. Es folgen weitere Beispiele, es wird u. a. darauf hingewiesen, daß Wilson den Negativfall als „deutsches Gebiet“ bezeichnet hat. Am krassen zeigt sich diese Abtretung des Selbstbestimmungsrechtes darin, daß Danzig vom Deutschen Reich getrennt und zum Freistaat gemacht werden soll. Weder geographische Rechte noch der heutige ethnographische Befund des polnischen Volkes können gegenüber der deutschen Bevölkerung und dem deutschen Charakter dieser Stadt in Frage kommen. Ein freier Zugang zum Meer, der die wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens befriedigt, kann durch völkerverdringende Schaffung eines Freihafens gesichert werden. Auch die deutsche Landzugewinnung der Handelsstadt Memel steht in keinerlei Zusammenhang mehr mit einem solchen Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dasselbe gilt von der Tatsache, daß Millionen von Deutschen in Deutschpreußen der von ihnen erstrebte Anschluß an Deutschland verweigert wird und weitere Millionen an ungermanischen Grenzen wohnender Deutsche gezwungen werden sollen, beim neuen gebildeten polnischen Staat zu bleiben.

Sogar dem Staatsgebiet gegenüber, das Deutschland verbleiben soll, werden die Verdringungen vom Selbstbestimmungsrecht nicht eingehalten. Eine Kommission zur Durchführung der Entschädigung soll ausschließlich für das ganze Staatswesen werden. Dem vorrevolutionären Deutschland hätten von seinen Organen so ohne alle konstitutionelle Mitwirkung Gesetze ungeschieden werden können, wie er eines jetzt von seinen internationalen Verbänden für das deutsche Volk auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete beherrschen soll. Unsere Gegner wollen für das große Ziel der Demokratisierung Deutschlands gekämpft haben. Zwar sind wir durch den Ausgang des Krieges befreit von den früheren Gewalten; aber einander sollen wir eine ausländische Gewalt, deren Ziel nur sein kann und sein muß, die Arbeitskraft des deutschen Volkes für die Völkerverdringung auszunutzen. Eine solche

Preisgabe seiner Unabhängigkeit

kann keinem Staate zugemutet werden. Das Selbstbestimmungsrecht eines Staates bedeutet vor allem die freie Verfügung über die innere Ordnung seines Lebens; eine Verdringung dieser Freiheit Deutschlands ist eine Verletzung der Grundrechte der Völker.

III. Folgen und Ausblick.

All das zeigt, daß dieser der deutschen Regierung unterbreitete Entwurf eines Friedensvertrages

im schroffen Widerspruch mit der vereinbarten Rechtsgrundlage für einen dauernden Friedensvertrag

steht. Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragstextes entspricht den vereinbarten Bedingungen. Der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexion rein deutschen Gebietes und die Unterdrückung des deutschen Volkstums. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens. Er führt das deutsche Volk in eine in der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Daher wurde er in der Sitzung der Nationalversammlung am 12. Mai von der Regierung wie von allen Parteien als unannehmbar bezeichnet.

Das Weltkriege der Weltwirtschaft erfordert die politische Organisation der Kulturwelt. Die deutsche Regierung stimmt mit den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte darin überein, daß die grauenvollen Verwüstungen, die dieser Krieg gebracht hat, die Aufrichtung einer Neuordnung der Welt verlangen, einer Ordnung, „effektiver Geltung der Grundzüge des Völkerverbundes“ und ehrenvoller Beziehungen zwischen den Völkern. Die Wiederherstellung und der Ausbau der zwischenstaatlichen Ordnung in der Welt ist nur gesichert, wenn es den bestehenden Gewalten gelingt, aus einem neuen Geiste heraus die große Idee der Demokratie zu verwirklichen, wenn, wie es Präsident Wilson am 4. August 1918 ausgesprochen hat, die Regelung aller Fragen... auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung seitens des dadurch betroffenen Volkes erfolgt. Nur die Völker, die in freier Selbstverantwortung nach dem Rechte leben, können einander die Gewähr gerechter und ehrenvoller Beziehungen geben. Ihre Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit verlangt aber auch, daß sie sich gegenseitig Freiheit und Leben als die heiligsten und unüberäußerlichen Grundrechte gewährleisten.

Diese Erkenntnis spricht nicht aus dem Friedensdokument, das uns vorgelegt wurde. Eine ferbende Weltanschauung imperialistischer und kapitalistischer Tendenzen steht darin ihren letzten entgeglichen Triumph. Gegenüber diesen Anschauungen, die einseitiges Unglück über die Welt gebracht haben, berufen wir uns auf das „angeborene Recht“ der Menschen und Völker, unter besten Feinden der englische Staat sich entwickelt, das niederländische Volk sich befreit, die nordamerikanische Nation ihre Unabhängigkeit erriecht, Frankreich den Absolutismus abgeschafft hat. Es kann von den Trägern seiner gerechtfertigten Erbitten dem deutschen Volke nicht gewährt werden, daß jetzt erst im Innern sich die Fähigkeit erwidert hat, seinen freien Willen zum Recht gemäß zu leben. Mit der Abtötung vor diesem angeborenen Recht ersehnt ein Vertrag, wie er Deutschland vorgelegt ist, nicht vereinbar. Aber in demselben Entschluß, seine vertragmäßigen Verbindlichkeiten zu erfüllen, macht Deutschland folgende Gegenanträge.

(Es folgt nunmehr der Teil, der die positiven Vorschläge der deutschen Regierung enthält.)

Die deutsche Antwort noch nicht überreicht!

Technische Schwierigkeiten die Ursache.

Nach einer Vereinbarung zwischen der Reichsregierung in Berlin und der Delegation in Versailles sollte die deutsche Antwort auf die feindlichen Bedingungen heute vormittag den Entente-regierungen überreicht werden. In dieser Voraussetzung sind in den heutigen Morgenblättern die Veröffentlichungen erfolgt. Tatsächlich aber ist es technisch gänzlich unmöglich gewesen, die Denkschrift zu der vereinbarten Stunde fertig zu haben. Nur die Ausarbeitung in deutscher Sprache hätte übergeben werden können. Um aber Uebersetzungsirrtümern von vornherein vorzubeugen, soll die deutsche Denkschrift nur zugleich mit der französischen und englischen Uebersetzung überreicht werden. Diese Uebersetzungen konnten aber wegen der gebotenen peinlichen Genauigkeit noch nicht fertiggestellt werden. Dazu kommt, daß zur Fertigstellung nur der mit technisch unzulänglichen Hilfsmitteln ausgestattete Druckerzeug zur Verfügung steht. Zur Fertigstellung muß noch die ganze kommende Nacht zu Hilfe genommen werden, um die Uebersetzung rechtzeitig bis Donnerstag nachmittag 3 Uhr, dem Schlußtermin, vollziehen zu können.

Die Arbeiten der deutschen Delegation.

Versailles, 28. Mai. Graf Brockdorff-Ronnow empfing die Präsidenten der Finanzkommission, der Kommission für die Rohstoffe und der Kommission für die Frage der Verantwortlichkeit. Er ließ sich die Beschlüsse dieser Kommissionen überreichen. Im Laufe des gestrigen Morgens kamen verschiedene Kuriers sowie der Koffer des Grafen Brockdorff. Die deutsche Druckerlei war die ganze Nacht beschäftigt. Die Arbeit stellt eine Prosa von 130 Seiten dar.

Cord Cecil über Aufhebung der Blockade.

Derartige Verträge werden später doch abgeändert.

Rotterdam, 27. Mai. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Ueber 300 Mitglieder der Society of Friends sind heute nachmittag ins Unterhaus gezogen, um mit den Abgeordneten über die Aufhebung der Blockade zu unterhandeln. Der Vorsitzende der Society of Friends hatte eine Unterredung mit Lord Robert Cecil, worin dieser erklärte, er würde Deutschland empfehlen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ebenso wie er auch Russland geraten haben würde, den Vertrag von Brest-Litowsk zu unterzeichnen. Derartige Verträge würden später doch abgeändert. Lord Robert Cecil verurteilte besonders die drückenden wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages, wie z. B. die, daß Deutschland 140.000 Milchvieh an die Alliierten ausliefern muß. Er glaube, daß diese Bestimmungen niemals durchgeführt werden wird. An den territorialen Fragen scheint Cecil kein Interesse zu haben.

Vollversammlung der A- und S.-Räte.

Die Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und Gemeindefreieräte setzten heute ihre am 21. Mai vertagte Vollversammlung fort.

Eingetragen war ein Schreiben des Reichsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld, des Vorsitzenden von Lebedow. In der Gerichtsverhandlung vom 23. Mai habe der Staatsanwalt im Gegensatz zu dem Standpunkt der Verteidigung erklärt, Lebedows Haftentlassung wüßte doch nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft, die Mehrheit sei dagegen. Erwünscht sei nun, schreibt Rosenfeld, die autoritative Befundung der Stellung der Arbeiterschaft zur Frage der Haftentlassung Lebedows. Da eine direkte Befragung ausgeschlossen sei, schone Befragung der künftigen Vertreter der Arbeiterschaft geboten, nämlich der Arbeiterräte. Der Vorsitzende Rich. Müller wies darauf hin, daß die Vollversammlung schon einmal sich durch nahezu einstimmigen Beschluß für Lebedows Haftentlassung ausgesprochen hat. Bei der in dem Schreiben beantragten Abstimmung erklärte sich die Vollversammlung aufs neue fast einstimmig für die Haftentlassung. Die Gegenprobe ergab nur drei Stimmen dagegen. (Stürmische Applaus.)

Ueber die Finanzierung der Arbeiterräte sowie des Volksrates und über die Vorbereitung zur Neuwahl der Arbeiterräte und Einberufung des Rateskongresses wurde zusammen verhandelt. In dem Bezirk des Volksrates überlebte Edert die Schwierigkeiten, die für die Arbeiterräte schon nach dem ersten Rateskongress eintraten. Verschiedene Gemeinden weigerten sich, an der Kostendeckung für die Arbeiterräte teilzunehmen. Infolge der starken Haltung der Regierung stellen auch einzelne Unternehmer die Kostenzahlung ein. Angehängt ist es nach den Verhandlungen an der rechtlichen Grundlage zu einem Antrage. Wir haben, erklärte der Redner, genau dieselben Rechte wie die Regierung, die auch nur durch die Revolution eingesezt und dann erst durch die Nationalversammlung bestätigt worden ist. Heute müssen wir Stellung dazu nehmen, ob wir uns die Erzeugnisse der Revolution aus den Händen nehmen lassen wollen.

Die Diskussion brachte ein Zusammenstoß der Unabhängigen mit den Kommunisten. Der Redner der Unabhängigen, Rich. Müller, griff zunächst die Regierung scharf an. Sie haben Verordnungen erlassen, die sie auslegen konnte. Sie wolle die Arbeiterräte abräumen, indem sie ihnen die Mittel verweigert. Hand in Hand damit gehe die Verleumdung der Arbeiterräte und des Volksrates. Im Hauptausdruck der Preussensammlung hat man alle alten Bögen wieder ausgegeben. Alle bürgerlichen Parteien einschließlich Demokraten beteiligten sich daran. Auch die Rechtssozialisten hätten die kommunalen Arbeiterräte für überflüssig erklärt. Daß die Regierung nicht daran denkt, die Arbeiterräte beizubehalten, zeige ihr Gesandtenwurf über die Arbeiterräte. Von demselben Geist sei ihr Gesandtenwurf über die Wirtschaftsämter getragen. Die Regierung schont bald nach links und bald nach rechts, je nach dem. Das gelte für die innere und für die äußere Politik und erklärt sich aus ihrer Zusammenfassung. Die Haltung der Regierung gegenüber den Arbeiterräten bedeutet eine Kampfanzeige. Die Arbeiterschaft werde zum Kampf geerdert, die Störung der Produktion werde dann nicht aufhören, aber Deutschland werde dadurch immer tiefer in den Sumpf kommen. Die Regierung solle nur nicht glauben, etwas durch Ausnahmegeetze zu erreichen, durch Aufhebung des Streikrechts und durch Zwang zur Arbeit. Dann werde man erst recht nicht wieder zur Aufnahme der Produktion kommen. Die Arbeiterschaft müsse dafür sorgen, daß die Mäter beibehalten werden. Deren Mängel zu beseitigen, wäre Aufgabe der Regierung. (Heiterkeit.) Allerdings könne man sozialpolitischen Weltbild von ihr nicht verlangen. Nötigenfalls werde die Arbeiterschaft die Neuwahl der Arbeiterräte auch ohne die Regierung vornehmen. Die Regierung dürfe sich dann nicht wundern, wenn die Arbeiterräte anders aussehen, als sie es wünscht. Müller wandte sich dann gegen die Kommunisten. Er beleuchtete das von ihnen sehr eifrig aufgestellte Reglement für die Wahlen zum Rateskongress. Ich freue mich, spottete er, daß hier die Kommunisten einmal zeigen, können, was sie leisten. Große Erwartungen habe ich allerdings an ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete von vornherein nicht geknüpft. (Heiterkeit.) Die Kommunisten haben bisher immer nur mit Phrasen und Redensarten operiert. (Beifall bei den Mehrheitssozialisten.) Die Kommunisten haben noch keinen einzigen geistigen Vorschlag zur Verwirklichung der Ziele der Revolution gemacht. Ihr Streik nur immer in die Welt hinaus: Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten! Euer ganzes Verhalten ist nur geleitet von parteipolitischen Gesichtspunkten. (Lärm.) Es kommt euch nicht auf positive Arbeit an, sondern ihr wollt einen Keil in das revolutionäre Proletariat treiben. Euer Kampf richtet sich nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Unabhängigen. (Großer Lärm.) Aber wir lassen uns dadurch nicht beeinträchtigen, wir gehen unseren Weg unbekümmert um links und rechts. (Lärm: Halb links, halb rechts!) Nicht durch Drohungen von rechts und nicht durch Phrasen von links lassen wir uns beeinflussen. (Beifall.) Unter keinen Umständen lassen wir uns ein durch die Revolution gegebenes Recht nehmen. Will die Regierung den Kampf, so soll sie ihn haben. (Beifall.)

Die Debatte dauert fort.

Neubildung des bayerischen Kabinetts.

Der bayerische Ministerpräsident Hoffmann ist zurzeit in Berlin. Nach seiner Rückkunft wird wohl die Ministerliste des neugebildeten Kabinetts endgültig bekanntgegeben werden. Zwei Ministerposten werden von Demokraten, zwei von der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) besetzt werden. Namentliche Vorschläge sind noch nicht bekannt geworden.

Das Recht der Frau und der Friedensvertrag.

Aus Anwaltskreisen schreibt man uns: Auch das Selbstbestimmungsrecht der Frau wird durch den Friedensvertragsentwurf der Entente schwer verletzt. Im dritten Teil der Forderungen, der die politischen Grenzen des Reichs bestimmt, ist das Optionsrecht gegeben, d. h. das Recht der Wahl der Staatszugehörigkeit nach Vertragsabschluss für die Einwohner der Gebiete, die vom Reich abgetrennt und zu Polen, Frankreich und Belgien geschlagen werden. Als Grundgesetz ist hierbei überall aufgestellt, daß alle über 18 Jahre alten Reichsbürger innerthalb zwei Jahren nach Vertragsabschluss für Deutschland optieren und ihre Reichsbürgerrechte behalten können. Nur der Ehefrau ist dieses Recht der selbständigen Option aberkannt. Die Option des Ehemannes hat die der Frau zur Folge, wie die Option der Eltern die der Kinder unter 18 Jahren. Die Ehefrauen sind, im Verhältnis zum Mann den Kindern unter 18 Jahren gleichgestellt. Hiergegen muß aus Gründen der Gleichberechtigung von Mann und Frau Einspruch erhoben und Abänderung verlangt werden.

In einer Reihe von Fällen, in denen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ehegatten bestehen, wird der auf die Frau ausgeübte Gewalt als Ursache zahlreicher Konflikte werden. Verschiedenheiten der Uebersetzung können niemals durch Nachsicht beseitigt werden, auch nicht unter Ehegatten.

Prozeß Ledebour.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung wurde Bruno Koltenbührer als Zeuge vernommen über die Vorgänge am 5. Januar. Er sagt, auf der Kommandantur wurde bekannt, daß Eichhorn als Polizeipräsident abgesetzt worden sei. Die Kommandantur wurde mit der Durchführung der Absetzung beauftragt. Diefelbe sollte so durchgeführt werden, daß keine Unruhen entstehen. Um 11 Uhr vormittags wurde Leutnant Fischer im Auftrage der Kommandantur nach dem Polizeipräsidentium geschickt, um Eichhorn mitzunehmen, daß das Ministerium des Innern seine Absetzung verfügt habe. Fischer kam zurück und teilte mit, Eichhorn habe erklärt, er wolle nur der Gewalt. Hier nach seiner Ansicht die Sache nicht gut ablaufen würde. Als dann am Nachmittag die Demonstrationen an der Kommandantur vorüberzogen, machten wir uns auf Unruhen gefaßt. Wir ließen die Kommandantur durch unsere Soldaten besetzen. Am Nachmittag gingen dann die Unruhen los. Es kamen Nachrichten, daß verschiedene Kasernen von Arbeitern besetzt seien, aber ein plötzliches Vorgehen schien das nicht zu sein. Es lag keine Einseitigkeit darin. Montagnachmittag schickte uns Fischer, der von der Kommandantur nach dem Marsall gegangen war, die Meldung, er werde im Marsall festgehalten, wir sollten aber nichts zu seiner Befreiung unternehmen. Später kam Hauptmann Marx und stellte sich vor, daß er vom Kriegsminister zum Kommandanten von Berlin ernannt sei. Dann kamen Albrecht und Dorenbach. Albrecht sagte, er sei vom Revolutionärkomitee zum Kommandanten ernannt. Ich antwortete, Hauptmann Marx sei jetzt Kommandant, ich sei hier nicht mehr als Mitglied des Vollzugsrats, sondern nur noch als Privatperson. Albrecht und Dorenbach gingen unverrichteter Sache wieder ab. Am Montag gegen Abend kam Fischer aus dem Marsall zurück. Er sagte, als er sich aus dem Marsall entfernen wollte, habe man ihn zurückgehalten und gesagt: Du bleibst hier. Du hast hier zu viel gesehen.

Staatsmann Zumbroich: Was wissen Sie von der Behauptung, daß die Regierung durch die Abiegung Eichhorns die Unruhen zu einem früheren Abschlagen veranlassen wollte? Zeuge Koltenbührer: Ich habe das Empfinden, daß Dorenbach im Einverständnis mit anderen leitenden Personen der Volksmarine-Division beabsichtigte, etwas zu unternehmen. Seit Dezember ist es überhaupt nicht mehr ruhig geworden. Es bestand das Gegenstück zwischen dem Polizeipräsidenten und der Kommandantur, die sich auch auf die verschiedenen Truppeneinheiten erstreckte. Die Regierung hat sich damit beschäftigt, wie aus diesem Dilemma herauszukommen wäre. Es hatten sich Zustände herausgebildet, daß von der einen Seite Waffen ausgegeben und von der anderen Seite wieder eingezogen wurden. Eichhorn hat Waffen in großem Umfange bezogen. Erst kürzlich habe ich von einer Waffensabrik eine Rechnung im Betrage von 380 000 M. bekommen für Waffen, die Eichhorn in der Zeit von Ende November bis Anfang Dezember bestellt hat. Da das Ministerium des Innern die Bezahlung der Rechnung verweigert hat, so verlangt die Fabrik, daß ich sie bezahlen soll, weil ich die Bestellung unterschrieben hatte. — Auf Fragen der Verteidigung antwortet der Zeuge: Bis Ende Dezember war Eichhorn berechtigt, Waffen für die ihm unterstellenden Sicherheitsmannschaften zu beziehen. Der Waffenbezug geschah nicht heimlich, sondern unter Kontrolle des Vollzugsrats, in dessen Namen ich die Bestellung unterschrieben habe. Daß Eichhorn die Waffen im Dezember bestellt hat, damit sie beim Ausbruch im Januar gebraucht werden, will ich nicht sagen. Ich meine nur, es bestand ein Gegensatz zwischen ihm und dem Ministerium des Innern, denn sonst hätte das Ministerium die Bezahlung der Waffenrechnung nicht abgelehnt. Auf Befragen gibt der Zeuge an, auf der Waffenrechnung sind als Lieferfrist angegeben der 23. Dezember, der 4. Januar und der 13. Januar.

Ängere Fortsetzungen ruft die Frage herbei, ob das Ministerium des Innern berechtigt war, Eichhorn abzusetzen. Zeuge

Koltenbührer erklärt auf Befragen, Eichhorn war mit Zustimmung des Vollzugsrats, der damals noch für das ganze Reich zuständig war, in sein Amt eingesetzt. Weitere auf diesen Punkt bezügliche Fragen der Verteidigung bezeichnet der Vorsitzende als nicht zulässig, weil nicht zur Sache gehörend. — Angeklagter Ledebour verlangt, daß dieser Punkt völlig aufgeklärt werde. Es solle festgestellt werden, daß Eichhorn nicht von einer Behörde, sondern von der revolutionären Arbeiterkraft eingesetzt sei, also auch nicht von einer Behörde abgesetzt werden konnte. Deshalb hätten die Anhänger Eichhorns unter anderem die Forderung aufgestellt, wenn der Vollzugsrat entscheidet, Eichhorn hat seinen Posten zu verlassen, dann geht er.

Nach 1½ständiger Beratung beschloß das Gericht, die von der Verteidigung gestellten Fragen nach der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Kommandantur und dem Polizeipräsidentium zuzulassen.

Neu Koltenbührer beantwortet die Frage dahin: Der Kommandantur unterstanden die militärischen, dem Polizeipräsidentium die polizeilichen Angelegenheiten. Wegen des Rangels an Beamten mußten sich beide Behörden auf Soldaten stützen. Daher kam es, daß mandant die eine Stelle in die Kompetenz der anderen übertriff. So sind auch die Vorgänge am 8. Dezember zu erklären. Die Kommandantur hatte angeordnet, daß aus Anlaß von Demonstrationen, die nach Versammlungen stattfinden sollten, die Chausseestraße abgesperrt werden sollte. Polizeipräsident Eichhorn markierte an der Spitze eines Demonstrationszuges und später stellte sich heraus, daß er die Genehmigung zu der Demonstration gegeben hatte. — Rechtsanwalt Obruch: Hätte nicht die Kommandantur dem Polizeipräsidenten Nachricht von der beschlossenen Absicherung geben müssen? — Zeuge: Das wäre zweckmäßig gewesen. Aber ebenso hätte man auch erwarten können, daß das Polizeipräsidentium der Kommandantur mitgeteilt hätte, daß es die Demonstrationen genehmigt hatte. — Rechtsanwalt Obruch: Welche Ursachen hatten die Unruhen zwischen der Kommandantur und dem Polizeipräsidentium? — Zeuge: Sie sind zurückzuführen auf die Unruhen am 23. und 24. Dezember, wo die Kommandantur eingegriffen hat, nachdem die Matrosen Bets und Fischer in der Kommandantur verhaftet hatten. Nachdem in dieser Angelegenheit ein Auslösch herbeigeführt war, wurde bekannt, daß auf dem Polizeipräsidentium jeder Waffen erhielt, der sich als Mitglied des Sozialbundes oder der Unabhängigen Sozialdemokratie ausweisen konnte. Vor der Kommandantur fuhr manchmal ein Auto her, von dem Neben gegen uns und gegen die Regierung gehalten wurden. Ich ersuchte den Polizeipräsidenten Eichhorn, dagegen einzuschreiten, er sagte, dagegen könne er nichts tun, die Strafe gehöre dem Volke. Eichhorn hat die Soldaten, die er für den Polizeidienst brauchte, aus allen möglichen aus dem Felde zurückgeführten Truppenteilen genommen, um möglichst viel Waffen zu bekommen. Unberechtigtweise sind im Kasse „Palierland“ Waffen untergebracht worden. Als sie auf Veranlassung der Kommandantur abgeholt wurden, hat das Polizeipräsidentium dagegen Einspruch erhoben.

Auf weiteres Fragen antwortet der Zeuge Koltenbührer: Ich war als Beauftragter des Vollzugsrats der Kommandantur beigegeben. Nachdem der Kommandant Fischer durch die Befragung des Marsalls verhaftet und Hauptmann Marx zum neuen Kommandanten ernannt war, habe ich mein Mandat für erledigt gehalten. Ich hielt es aber für meine Pflicht, den neuen Kommandanten in die Geschäfte einzuführen. Eine Kommandogewalt habe ich dadurch nicht ausgeübt. Ich wollte nur mein Amt in der Kommandantur verlassen, teilte es den damaligen Volksbeauftragten mit, und übertriet mir, ich solle in der Kommandantur bleiben. Das hat ich denn auch am Montag von einigen Personen der Truppen zum Schutze der Regierung gebildet und im Auftrage der Regierung bewaffnet.

Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.

Groß-Berlin

Kommunale Arbeiterräte.

Am Freitag, 2 Uhr, Volksversammlung der kommunalen Arbeiterräte im Verrethaus, Plenarsitzungssaal. Tagesordnung: 1. Die Stellung der kommunalen Arbeiterräte. 2. Die Parität und Zulassung von Stadtverordneten bzw. Gemeinderatmitgliedern. 3. Stellung zur Neuwahl der kommunalen Arbeiterräte. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin. J. A.: Lange.

Hednerkursus. Beide Kurse heute abend 6 Uhr im Jugendheim, Lindenstraße 3.

Große Baselineziehung. In Spandau haben Angestellte der Geschäftshaus-Ort und einige dort beschäftigte Bauarbeiter nach und nach 108 Häuser mit Baseline im Werte von über 100 000 M. auf dem Waffertwege nach Berlin vertrieben. Die Spandauer Polizei hat das Lager in Berlin aufgedeckt und einige Epibuben verhaftet, der Hauptüberläufer ist jedoch flüchtig geworden.

Ein Kartoffelschwinder. In Südköpenick der Stadt und in Neukölln kein Unwesen. Er bietet die so sehr begehrten Kartoffeln in kleineren und auch in größeren Mengen zu einem verhältnismäßig billigen Preise an. Er erhält in den meisten Fällen den Kaufpreis auch im Voraus, weil er allerlei Gründe dafür anführt, daß er das Geld zum Einlauf brauche. Der Schwinder verlegt dann die Leute und läßt nichts mehr von sich hören. Er ist ein schlauer, mittelgroßer Mensch mit kleinem Schnurrbart und trägt einen umgitterten selbstgekauften Soldatenrock, Wildgamschen und eine Bahnbeamtenmütze.

Die Leiche eines jungen Türken wurde gestern nachmittag an der Augustbrücke aus dem Wasser gefischt. Der Tote ist ein Schuhmacherlehrling Hasan Dahim, der zuletzt bei der Deutsch-türkischen Vereinigung an Edingerberger Ufer wohnte.

Keine Vermögensverzeichnisse für weniger als 10 000 M. Die strittige Frage, ob auch für Vermögen von nicht mehr als 10 000 M. Vermögensverzeichnisse einzureichen sind, ist jetzt durch Erlaß des Finanzministers vom 8. Mai dahin geregelt worden, daß auf die Ausfüllung des Vermögensverzeichnisses verzichtet wird, wenn das Vermögen nicht mehr als 10 000 M. beträgt.

Patriotismus und Geschäft. Eine Lusitania-Medaille war als arge Geschmackslosigkeit während des Krieges beschlagnahmt worden. Trodte n wurden sie in Massen ins Ausland gebracht, wo sie ihr rechtlich Teil der Stimmungsmache gegen Deutschland betrug. Im Dezember 1918 wurde die Beschlagnahme aufgehoben und jetzt wird das elende Produkt zu ungeheuren Preisen an die Amerikaner in Berlin verkauft.

Im Sportpark Treptow fand gestern unter großer Beteiligung der Herausforderungskampfs der beiden Weltmeister Schwarz Weber statt. Schwarz siegte über seinen Gegner in 1 Stunde 4 Minuten 50 Sekunden. Weber der seit 5 Jahren nicht mehr öffentlich hervorgetreten, zeigte aber in seiner außerordentlichen Gewandtheit, daß er nicht viel von seinem Können eingebüßt hat. Zurzeit ist er im Arbeiter-Kat in Hennigsdorf tätig. Er wird sich die Zeit vorbehalten, wo er den Zeitpunkt gekommen sieht, sich seinem Gegner erneut zu stellen. Dem Ringkampf gingen einige kleine Ringerrennen voraus. Im 200-Meter-Rennen siegte Hoffmann gegen Abraham, im Bräutigamrennen Abraham gegen Sindecke. Das Entscheidungsfahren gewann Peitz.

Stabion. Das Goldene Rad von Friedensau. Das Stadion bringt den Sportfreunden am Himmelfahrtstag eines der größten Rennen. Die seit Jahren geliebten werden sind. Das klassische Rennen. Das Goldene Rad von Friedensau, hat seinen Wert entsprechend eine sowohl an Zahl wie an Klasse entsprechende Besetzung gefunden. Sieben der besten Dauerfahrer werden um die wertvollen Preise kämpfen; es sind dies Baldow, Krupat, Bauer, Thomas, Pawke, Kettelbach und Appelhaus. Auf der Strecke von 100 Kilometern wird allen Gelegenheiten gegeben, ihr ganzes Können zu entfalten. Ebenso bringen die Nitgerrennen, insbesondere die im Großen Stadion, alles an den Start, was wir haben. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steckbrief. Anmelde der Körnermittel am 23., 30. und 31. d. M. auf WSchritte 23, 24, 25, 26, 27 der Groß-Berliner Lebensmittelliste. Verkaufstage werden noch bekanntgegeben. Anmeldung von Körnermitteln für August 1918 am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 25 und 26 der Körnermittelliste für August 1918 auf 200 Gramm Körnermittel. Am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 27 der Einfuhr-Zulassungsliste. Am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt K4 der Einfuhr-Zulassungsliste. Verkaufstage werden nach bekannt gegeben.

Unschuldig. Ausgabe des amerikanischen Rohles vom 2. bis 6. Juni (nach Nummern geordnet) in der Gemeindefeuerstunde auf die Ren. K 4, P 5 und Q 6 der Einfuhrzulassungsliste mit je 200 g. zusammen 1½, Pfund, a 2,50 M. Die wähl Lebensmittelliste III mitzubringen. — Auch sind Zitronen zu 30 Pf., sowie Delikatessen (Kaffeezubehör), 3,60 M. pro Pflöckchen, zu haben. — Auf die weichen Lebensmittelliste Nr. 1051-1400 Menge und Sonntags ein Pfund Backwaren, a 6,50 M.

Herunter noch eine Anzahl neuer und alter Männeranzüge an Einwohner mit einem freiwilligen Erlös bis höchstens 3000 M. Verkauf Freitag und Sonnabend. Letzte Stenzeitung. Außerdem noch Frauenanzüge und Männeranzüge.

Gewinnloser. Es gelangen zur Ausgabe am Freitag an Kinder bis zu 3 Jahren je 20 Gramm Pflöckchen oder Reis und 1 Paket Buddingpulver. Auf Bezugschein am Freitag auf Karte B (S) 21 100 Gramm Pflöckchen, Gruppen oder Kisten. Auf Lebensmittelliste Nr. 1-2000 Karte B (S) 22 125 Gramm Pflöckchen oder Kistchen. Für Leute über 70 Jahre 2 Pflöckchen Buddingpulver. Bezugschein in der Lebensmittelteilung. Am Sonnabend an Kinder vom 4. bis 7. Lebensjahre 1 Dose kondensierte Milch. Bezugschein am Sonnabend.

Gewinnloser. Sonnabend, Lebensmittelteilung, alle Schule, Zimmer 2: Ausgabe der Milchkarten.

Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten, ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsinvaliden, Bezirk Charlottenburg. Freitag, 7½ Uhr, im großen Saal des Volkshauses, Reichenstr. 3: Uelcentliche Hinterbliebenenversammlung. Tagesordnung: Referat des Kameraden Stiefhan über Kriegsinvaliden und ihre Zukunft.

Kriegsopferverein Groß-Berlin. Das Zusammenkommen am Sonnabend, 7½ Uhr, findet nicht in der Steinstraße, sondern in Neukölln, Donaustr. 120/126, statt. Bitte willkommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin. 4. Mitteilung. Himmelfahrtstag: Ausflug nach Wannsee-Plageninsel-Salzham. Treffpunkt morgens 6.30 Uhr Bahnhof Groß-Waldenstraße. Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen Neukölln. Freitag 5 Uhr: Versammlung in der Angegraben-Klaufe.

Aus aller Welt.

Der Flug über den Ozean vollendet.

Das amerikanische Reserkflugzeug R. C. 4, Führer Reed, ist gestern vormittag um 10.17 Uhr von den Ägypten aufgeflogen und abends 8 Uhr in Washon ohne Zwischenfall angekommen. Damit ist der erste Flug über den Ozean vollendet. Die Entfernung dieser letzten Etappe beträgt 910 Seemeilen.

Verantwortlich für Politik: Arthur Göttermann, Wn.-Feldmann, für den Redigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Redaktions: für Anzeigen: Theodor Gläsel, Berlin. Verlag: Berntsch-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlagshaus Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Industrie und Handel.

Börse.

In Erwartung des Verhaltens der Entente auf die deutschen Gegenentwürfe legte sich die Börse größte Zurückhaltung an. Zu etwas regeren Umständen kam es nur auf einzelnen Gebieten. Die Haltung war nicht ganz einheitlich. Etwas optimistische der neuerliche Rückgang der Kriegsanleihen auf 75% Prozent. Auch die anderen heimischen Anleihen waren schwächer. Zu ungeschätzlichen Kursen gingen Petroleum, Kolonial, Schiffahrt, und Hartwolle um. Montanwerte waren vereinzelt begehrt und fest; Rüstungswerten schwächer.

Gewerkschaftsbewegung.

Der „erschöpfte“ Stadtsädel.

Aus Angestelltenkreisen des Charlottenburger Magistrats wird uns folgendes geschrieben:

Barthsichtigkeit der Behörden einerseits und mangelnde Solidarität der Beamten andererseits haben bisher innerhalb der Beamtenenschaft nach nicht den Zustand geschaffen, den man als soziale Hebung bezeichnen könnte. Der „gute alte Geist“ waltet und schaltet noch lustig weiter seines Amtes und läßt die „Klassenmenschen“ zu ihrem Rechte kommen. In Charlottenburg hat der Magistrat den Hilfskräfte nach Berliner Muster eine nicht unwesentliche Zulage beschert. Darob nun dieses Mlagen und Stöhnen unter den dortigen Beamten. Die Forderungen der Beamten (2000 M. Entschädigungssumme) gefährden nun, nachdem der Magistrat den Forderungen seiner Hilfskräfte in weitgehendem Maße hat entsprochen müssen, den Stadtsädel. Aus den Spalten ihrer „wohlwollenden“ bürgerlichen Volkspresse erfährt die Beamtenenschaft, daß die Mittel der Stadtgemeinde erschöpft seien. Vor den Wahlen bedenkten indes die bürgerlichen „Beamtenfreunde“, wir treten ein für ausreichende Bezahlung der Beamten usw. Billige Worte und Versprechungen. Die Tugend, die am schwersten auszuüben ist und bleibt die Dankbarkeit. Die Beamtenenschaft sieht seit der Revolution auf eigenen Füßen. Noch steht sie auf schwachen und schwankendem Boden, aber sie hat die Kraft, diesen zu einem festen Fundament zu gestalten, wenn sie erkennt, daß nur die Sozialdemokratie es ist, die ihr die Hand hilfreich entgegenstreckt.

Darum, ihr noch träumenden Beamten, organisiert Euch auch politisch! Sagt Euch los von den Vertretern des „wohlwollenden Erwägung“ und schließt Euch denen an, die stets durch tatkräftige Hilfe Eure Wünsche und Forderungen unterstützen werden.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Rabistelle Groß-Berlin, erklärte einleitend der Bevollmächtigte Wilh. Reimann, daß durch die neue Zeit auch in unserer Organisation ein neuer Geist einzieht. Die Gewerkschaften sollen ein Kampfmittel zur Befreiung der Arbeiterklasse sein. Der Antrag des Bezirks Reinickendorf, der Abündigung sämtlicher Angestellten verlangte, ist zurückgezogen worden, nachdem die Verhältnisse der Angestellten karggelegt wurden. Die Generalversammlung habe zur Abklärung einiger Kollegen Stellung zu nehmen. — In der Diskussion über die Anstellungen wurde anerkannt, daß die Verbandsangestellten sowie die Hilfsarbeiter entlastet werden müssen. Einige Diskussionen verlangten die Ausarbeitung der zu beschefenden Stellen und nicht sofortige Anstellung. Nachdem Reimann erklärte, daß sofortige Anstellung einiger Kollegen unbedingt notwendig sei,

Warnung.

Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik auszurufen.

Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preussischen Staates.

Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Loslösung der Provinz Rheinland vom preussischen Staatsgebiet zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslangem Zuchthaus oder lebenslanger Festungshaft bestraft wird.

Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an den hochverräterischen Umtrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.

Berlin, den 28. Mai 1919.

Die Reichsregierung.

Scheidemann, Dr. Denburg, Graf v. Brodorski-Ranhau, Dr. Breuß, Bauer, Wissel, Schmidt, Landsberg, Roske, Dr. Brill, Giesbers, Gotthein, Dr. David, Erzberger.

werden Karl Pösch und Paul Lange als Agitationsleiter, Rowald Fröhlich und Edemann als Bureauarbeiter, Mierisch, Weaner, Gößli und Bachmann als Hauskassierer gewählt. — Für die noch zu besetzenden Stellen findet eine Ausschreibung statt. Bewerber sowie die Mitglieder der zu wählenden Prüfungskommission müssen mindestens fünf Jahre dem Verbands angehören. In die Prüfungskommission wurden Breitkreuz, Fabelbaum, Wolff, Schön, Nitsche und die Kollegen Lumpp mit gewählt. — Punkt 8 der Tagesordnung, Veratuna des Ortsstatuts, mußte wegen der vorgerückten Zeit bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt werden. — Zwei Anträge, welche gegen den Schulparagrafen für die freiwilligen Verbände und gegen die Urteilsfällung im Liebknechtprozeß energisch protestierten, fanden einstimmige Annahme.

Der Verband der Bureauangestellten sendet und auf die im heutigen Morgenblatt veröffentlichte Zuschrift des Herrn Direktors Dehmel folgende Entgegnung:

Herr Direktor Dehmel von der Berliner Stadtsynode glaubt anscheinend, durch seine Angaben, daß 9 Seiten Protokoll vorliegen und in 8 Sitzungen mit dem Angestelltenauschuss verhandelt wurde, seine Pflicht getan zu haben. Ferner behauptet Direktor Dehmel, der Verbandsvertreter hätte die Forderungen der Hilfskräfte gesteigert. Der Gegenvorschlag des Direktors Dehmel ist für die Hilfskräfte unannehmbar, denn sie wollen ein der heutigen Zeit entsprechendes Angestelltenverhältnis und keine Günstlingswirtschaft, wie sie jetzt besteht. Der Gegenvorschlag der Berliner Stadtsynode ist unannehmbar, deshalb haben die am 23. Mai in Hamburgs Festhallen versammelten Hilfskräfte einstimmig beschlossen, den Schlichtungsausschuss anzurufen. Die Verschleppungsmandate des Herrn Direktors Dehmel sind zu durchsichtig, als daß die Angestellten sich länger an der Nase herumführen lassen wollen. Für jeden Gewerkschaftsvertreter ist es selbstverständliche Pflicht, erreichbare Forderungen immer und stets zu vertreten.

Gewerkschaftstaktik Friedrichshagen. Freitag, 30. Mai, 7½ Uhr abends, wird Dr. Bruno Wille in einer öffentlichen Versammlung aller Gemeinshalter über: Die Volkshochschule und die Arbeiter sprechen. Anschließend freie Ansprache.

